

GEMEINDE SCHWIEBERDINGEN

Niederschrift über die öffentliche

Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Technik am 07.07.2021

Beginn: 19:00 Uhr

Ende: 20:39 Uhr

Anwesend:

Vorsitz

Herr Nico Lauxmann

Gemeinderäte

Frau Monika Birkhold

Herr Heinz Dillmann

Herr Lutz Enzensperger

Frau Dr. Monika Leder

Herr Sebastian Morschhäuser

Frau Heidrun Rabus

Herr Mark Schachermeier

Frau Anita Sippel

Schriftführung

Herr Florian Bausch

Verwaltung

Frau Carmen Hirsch

Herr Manfred Müller

Frau Sabine Ulrich

Abwesend:

Gemeinderäte

Herr Panagiotis Athanassiadis

Herr Dieter Rommel

Die Niederschrift umfasst die § 1 - 3

.....
Bürgermeister

.....
Gemeinderat

.....
Schriftführer

.....
Gemeinderat

INHALTSVERZEICHNIS

- § 1 Baugesuche**
- § 2 Anfragen**
- § 3 Bekanntgaben und Beantwortung von Anfragen**

Aufgrund der dynamischen Entwicklung der Corona-Pandemie und der Anordnung des Bürgermeisters waren die Sitzungen des Ausschusses für Umwelt und Technik im Jahr 2021 einschließlich der Sitzung im Juni 2021 ausgesetzt. Die Entscheidung über die Baugesuche erfolgte jeweils im Rahmen eines Umlaufbeschlusses auf Grundlage von § 37 Abs. 1 Gemeindeordnung. Diese Vorgehensweise ist mit den Fraktionsvorsitzenden sowie der Kommunalaufsicht abgestimmt. Ab der Sitzung im Juli 2021 finden die Sitzungen wieder als Präsenzsitzungen statt. Die Nummerierung der Paragraphen beginnt deshalb bei 1.

Vor Eintritt in die Tagesordnung weist der Vorsitzende auf die Tischvorlage 8/2021 hin, die unter dem Tagesordnungspunkt Bekanntgaben und Beantwortung von Anfragen angesprochen wird.

Baugesuche

Baugesuch 1

Bauvorhaben: Errichtung eines neuen Gerätehauses (anstelle des alten Gerätehauses)

Baugrundstück: Peter-von-Koblenz-Straße 9, Flst. 5531

Bautagebuch-Nr.:29/2021

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage gemäß Anlage 1 zum Tagesordnungspunkt Baugesuche, die als Anlage beiliegt und auf die Bezug genommen wird. Frau Ulrich erläutert die Vorlage.

GR Birkhold möchte wissen, wofür es die Bauverbote gibt, wenn man sich darüber hinwegsetzt. Frau Ulrich erläutert, dass man bei der Aufstellung des Bebauungsplans überlegt habe, mit dem Bauverbot eine Luftschneise in dem Gebiet zu schaffen. Diese sei jedoch abhängig von der jeweiligen tatsächlichen Bebauung.

Ohne weitere Aussprache fasst der Ausschuss für Umwelt und Technik einstimmig mit 9 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen folgenden Beschluss:

Das Einvernehmen der Gemeinde gem. § 36 Abs. 1 i.V.m. §§ 30 Abs. 3, 34 Abs. 1 und 31 Abs. 2 BauGB wird erteilt.

Baugesuch 2

Bauvorhaben: Errichtung einer lichtdurchlässigen Terrassenüberdachung (Sicherheitsglas)

Baugrundstück: Peter-von-Koblenz-Straße 100, Flst. 8466/5

Bautagebuch-Nr.:30/2021

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage gemäß Anlage 2 zum Tagesordnungspunkt Baugesuche, die als Anlage beiliegt und auf die Bezug genommen wird. Frau Ulrich erläutert die Vorlage.

GR Schachermeier fragt nach den Möglichkeiten für die anderen Grundstücke.

Frau Ulrich beantwortet die Anfrage und weist darauf hin, dass es beim vorliegenden Baugesuch um die Überdachung der Terrasse gehe.

Ohne weitere Aussprache fasst der Ausschuss für Umwelt und Technik einstimmig mit 9 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen folgenden Beschluss:

Das Einvernehmen der Gemeinde gem. § 36 Abs.1 i.V.m. §§ 30 Abs. 1 und 31 Abs. 2 BauGB wird erteilt.

Baugesuch 3

Bauvorhaben: Neubau einer LKW-Werkstatt mit Waschstraße

Baugrundstück: Dieselstraße 14/1, Flst. 4790/6

Bautagebuch-Nr.:31/2021

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage gemäß Anlage 3 zum Tagesordnungspunkt Baugesuche, die als Anlage beiliegt und auf die Bezug genommen wird. Frau Ulrich erläutert die Vorlage.

GR Enzensperger spricht das Pflanzgebot an und fragt nach möglichen Ausgleichsmaßnahmen.

Frau Ulrich antwortet, das man sich mögliche Ausgleichsmaßnahmen vorstellen könne. Man werde die folgende Bedingung an das Landratsamt weiterleiten: Die Gemeinde schlägt vor, dass der Antragssteller auf seinem Grundstück bezüglich dem durchbrochenen Pflanzgebot Ausgleichsmaßnahmen vornimmt.

GR Schachermeier fragt nach der Parksituation.

Der Vorsitzende verweist auf die rechtlichen Grundlagen hinsichtlich des Parkens.

Frau Ulrich weist auf die Anzahl der geplanten Parkplätze hin.

GR Schachermeier spricht die Gewerbesteuerzahlung an und möchte wissen, ob das Unternehmen in Schwieberdingen Gewerbesteuer entrichten wird.

Der Vorsitzende weist auf die Öffentlichkeit der Sitzung hin. Die Frage könne nicht beantwortet werden.

GR Rabus möchte wissen, ob eine allgemeine Waschmöglichkeit für LKWs geschaffen werden soll.

Frau Ulrich führt aus, dass gemäß des Antrags eine allgemeine Waschmöglichkeit für LKWs angeboten werden soll.

GR Birkhold möchte wissen, ob der Verwaltung Prognosen vorliegen, wie viele LKWs erwartet werden.

Frau Ulrich antwortet, dass der Verwaltung dazu keine Informationen vorliegen.

Ohne weitere Aussprache fasst der Ausschuss für Umwelt und Technik mehrheitlich mit 8 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen folgenden Beschluss:

Das Einvernehmen der Gemeinde gem. § 36 Abs.1 i.V.m. §§ 30 Abs. 1 und 31 Abs. 2 BauGB wird erteilt.

Baugesuch 4

Bauvorhaben: Einfamilienhaus mit Außenpool, Poolhaus und Garage im 2. UG

Baugrundstück: Hermann-Essig-Straße 4, Flst. 641

Bautagebuch-Nr.:32/2021

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage gemäß Anlage 1 zum Tagesordnungspunkt Baugesuche, die als Anlage beiliegt und auf die Bezug genommen wird. Frau Ulrich erläutert die Vorlage.

GR Schachermeier spricht das Flachdach an und möchte wissen, ob dies aus Sicht des Bebauungsplans korrekt ist.

Frau Ulrich führt dazu aus, dass der Bebauungsplan keine Festsetzung zur Dachform enthält, deshalb sei ein Flachdach aus bauplanungsrechtlicher Sicht in Ordnung.

GR Dr. Leder fragt nach dem vorhandenem Bauverbot und möglichen Ausgleichsmaßnahmen.

Frau Ulrich teilt mit, dass Befreiungen in der Vergangenheit gewährt wurden. Sie verweist auf den Gleichbehandlungsgrundsatz. Das Bauverbot wurde vermutlich aufgrund der schwierigen Erschließung und wirtschaftlicher Schwierigkeiten der Bebauung gewählt.

GR Rabus frag nach den Stellplätzen.

Frau Ulrich antwortet, dass die Stellplätze abhängig von der Anzahl der Wohneinheiten sind. Sie stellt fest, dass mehr Stellplätze geschaffen werden als gesetzlich gefordert. Dies sei positiv zu bewerten.

GR Morschhäuser spricht die Bauverbotszone an.

Frau Ulrich erläutert die rechtliche Würdigung und Entscheidungen in der Vergangenheit zur Befreiung von der Bauverbotszone bei den Nachbargebäuden.

GR Dr. Leder regt an, den Gleichbehandlungsgrundsatz auf ganz Schwieberdingen zu übertragen.

Der Vorsitzende widerspricht und führt aus, dass es verschiedene Bebauungspläne in der Gemeinde gebe. Es gehe immer um die jeweilige Umgebungsbebauung in der direkten Umgebung.

Ohne weitere Aussprache fasst der Ausschuss für Umwelt und Technik mehrheitlich mit 8 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen folgenden Beschluss:

Das gemeindliche Einvernehmen nach § 36 i.V.m. §§ 30 Abs 3, 34 Abs. 1 und 31 Abs. 2 BauGB wird erteilt.

Baugesuch 5

Bauvorhaben: Versetzen der Mülleinhausung

Baugrundstück: Anlagenweg 13/5, Flst. 6300/29

Bautagebuch-Nr.:33/2021

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage gemäß Anlage 5 zum Tagesordnungspunkt Baugesuche, die als Anlage beiliegt und auf die Bezug genommen wird. Frau Ulrich erläutert die Vorlage.

GR Morschhäuser fragt nach möglichen Auswirkungen auf die Nachbargrundstücke.

Frau Ulrich antwortet, dass es Auswirkungen geben könne und zum Beispiel ähnliche Anträge für Nebenanlagen folgen könnten.

Ohne weitere Aussprache fasst der Ausschuss für Umwelt und Technik mehrheitlich mit 7 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimmen, 1 Enthaltungen folgenden Beschluss:

Das Einvernehmen der Gemeinde gem. § 36 Abs.1 i.V.m. §§ 30 Abs. 1 und 31 Abs. 2 BauGB wird erteilt.

Baugesuch 6

Bauvorhaben: Umbau Künstleratelier in zwei Krippengruppen

Baugrundstück: Stuttgarter Straße 42/2, Flst. 194

Bautagebuch-Nr.:34/2021

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage gemäß Anlage 6 zum Tagesordnungspunkt Baugesuche, die als Anlage beiliegt und auf die Bezug genommen wird. Frau Ulrich erläutert die Vorlage.

Ohne Aussprache fasst der Ausschuss für Umwelt und Technik einstimmig mit 9 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen folgenden Beschluss:

Das Einvernehmen der Gemeinde wird gem. § 36 Abs. 1 i.V.m. § 34 BauGB erteilt.

Anfragen

a) Anschaffung eines zusätzlichen Baggers für Starkregenereignisse

GR Dillmann fragt an, ob ein zusätzlicher Bagger für Starkregenereignisse angeschafft werden kann.

Der Vorsitzende antwortet, dass ein Bagger im Bauhof vorhanden sei. Der Bagger sei jedoch beim letzten Starkregenereignis noch umgerüstet gewesen. Eine weitere Beschaffung sei damit aus Sicht der Verwaltung zum jetzigen Zeitpunkt nicht notwendig. Der Vorsitzende kündigt an, dass es zu dem Einsatz beim letzten Starkregenereignis noch eine Nachbesprechung beim Bürgermeister geben werde.

GR Schachermeier fragt nach den Auswirkungen bei Starkregenereignissen oder Unwettern auf Staukanal?

Der Vorsitzende teilt mit, dass sich durch die Baumaßnahmen Veränderungen beim Staukanal ergeben haben. Man habe jetzt die ersten Erfahrungen gemacht. Es gebe beispielsweise neue Verwirbelungen im Wasser. Die Maßnahmen haben gegriffen. Die Investitionen sind sinnvoll, damit werde das Hochwasserrisiko bei entsprechenden Starkregenereignissen oder Unwettern vermindert. Der Vorsitzende schlägt vor, dass Herr Keller bei der nächsten Baustellentour die Maßnahmen beim Staukanal erläutern soll. In diesem Zusammenhang bedankt sich der Vorsitzende bei der Freiwilligen Feuerwehr für deren ehrenamtlichen Einsatz.

b) Mündlicher Antrag der ABG Fraktion zu Luftfilter für Schulen und KiTas

GR Schachermeier stellt für die ABG-Fraktion einen mündlichen Antrag, flächendeckend Luftfilter für Schulen und KiTas anzuschaffen.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass dafür ein schriftlicher Antrag der antragstellenden Fraktion mit entsprechendem Finanzierungsvorschlag notwendig sei. Weiter führt er aus, dass die Gemeindeverwaltung die Thematik Luftfilter bereits prüfe. Er weist darauf hin, dass auch durch den Einsatz von Luftfiltern keine Vermeidung von Quarantänemaßnahmen möglich sei, insbesondere bei Vorliegen der Delta-Variante. Er beschreibt anschließend die praktischen Auswirkungen. Auch teilt der Vorsitzende in diesem Zusammenhang mit, dass die Verwaltung während der Sommerschließzeit als zusätzliche Maßnahmen für alle gemeindlichen Kindertagesstätten CO₂-Messgeräte anschaffen werde. Er bittet darum, das Thema in den Fraktionen zu diskutieren. Es soll eine Abfrage bei der Sitzung am 14.07.2021 erfolgen. Man habe im gemeindlichen Leitungsteam bereits festgelegt, dass man nach den Ferien am ersten Tag in Schulen und KiTas Schnelltests anbieten werde. Außerdem sollen die Tests von derzeit 2x wöchentlich auf 3x wöchentlich erhöht werden. Auch sei man in regelmäßigen Abstimmungsgesprächen mit den Schwieberdinger Ärzten. Eventuell könne die Gemeinde auch ein PCR-Testgerät in Schwieberdingen erhalten, diesbezüglich sei die Verwaltung derzeit in Verhandlungen. Der Vorsitzende prognostiziert, dass es ein schwieriger Herbst werden wird, die 4. Welle werde kommen. Der Vorsitzende kündigt abschließend an, dass die Verwaltung das Thema Luftfilter weiter aufbereitet und kurzfristig in das Gremium einbringen werde.

Bekanntgaben und Beantwortung von Anfragen

a) Tischvorlage zu den Radschnellwegen

Der Vorsitzende verweist auf die Tischvorlage zu den Radschnellwegen.

Frau Hirsch führt dazu aus, dass dies nun den Einstieg in die Machbarkeitsstudie zum Thema Radschnellwege markiere. Sie stellt die Tischvorlage anschließend vor und kündigt an, dass die Machbarkeitsstudie ab voraussichtlich Ende Juli auf der Homepage des Landkreises Ludwigsburg veröffentlicht werde. Die Ergebnisse der Machbarkeitsstudie zeigen, dass die Realisierung einer hochwertigen Radschnellverbindung zwischen Stuttgart, Korntal-Münchingen und Vaihingen an der Enz unter weitgehender Einhaltung der Qualitätsstandards des Landes Baden-Württemberg möglich ist und einen großen Mehrwert für die gesamte Region mit sich bringt. In den nächsten Arbeitsschritten stehen die politischen Beschlussfassungen der Kommunen, die Beantragung von Fördermitteln sowie die Erstellung der Vorplanungen zur Umsetzung der Radschnellverbindung an. Für eine erfolgreiche Projektdurchführung ist zudem eine frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung von hoher Bedeutung.

Der Vorsitzende kündigt abschließend an, dass die Verwaltung das Thema bei Neuigkeiten wieder in das Gremium einbringen werde.

Ende der öffentlichen Sitzung um 20:39 Uhr.